

Ungleichgewichte: Kaufkraft und Investitionen stärken

Noch vor der Veröffentlichung offizieller Zahlen durch das Statistische Bundesamt, hat das ifo-Institut schon mal eine vorläufige Berechnung zur deutschen Leistungsbilanz angestellt und dabei erneut einen Rekordwert ermittelt. Danach übersteigt der Wert aller im Jahr 2016 aus Deutschland exportierten Waren und Dienstleistungen die Importe um fast 300 Milliarden US-Dollar oder 8,6 Prozent der gesamten volkswirtschaftlichen Leistung (BIP). Selbst die große Exportnation China weist mit knapp 250 Milliarden Dollar (das sind 2 Prozent des chinesischen BIP) einen deutlich kleineren Überschuss aus.

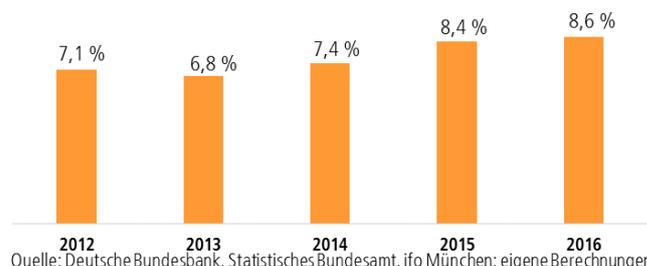
Seit jeher ziehen solche Rekordmarken die Aufmerksamkeit der internationalen Wirtschaftspolitik auf sich. So wundert es auch nicht, dass die deutsche Exportwirtschaft nun noch stärker in das Kreuzfeuer der neuen US-Regierung geraten ist. Bereits zuvor hat Donald Trump unmissverständlich klar gemacht, dass er in den USA ansässige Unternehmen durch maßgeschneiderte Steuergesetze und Schutzzölle vor unliebsamen Importen der ausländischen Konkurrenz schützen will. Bis vor kurzem spotteten konservative deutsche Politiker noch, man könne doch nicht freiwillig die Produktion von Exportgütern drosseln, um für einen ausgeglichenen Welthandel zu sorgen. Jetzt ist aber zu befürchten, dass dies nun die US-Wirtschaftspolitik besorgen wird. Damit droht ein Wirtschaftskrieg, bei dem auf Perspektive alle Nationen nur verlieren können.

Die deutsche Politik sollte jetzt endlich ein klares Signal senden, dass andere Volkswirtschaften nicht nur als Absatzmärkte gern gesehen sind. Das Ziel einer ausgeglichenen Handels- und Dienstleistungsbilanz kann ohne Schaden nur erreicht werden, indem die Importe nach Deutschland auf das Niveau der Exporte steigen. So sollen Bund, Länder und Kommunen beispielsweise mehr

Geld für den Ausbau der Breitbandnetze und die IT-Modernisierung ihrer eigenen Verwaltung in die Hand nehmen. Das nützt Staat, Bürgern und der Wirtschaft und wird gewiss auch den Import von Vorleistungen und Produkten aus den USA beflügeln.

Vor allem aber muss der Gefahr wegbrechender Exporte mit einer Stärkung der Binnennachfrage begegnet werden. Ganz aktuell hat es die Politik hier in der Hand, in den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder einen wirksamen Beitrag zu leisten. Hier wird unmittelbar über das Einkommen für rund eine Million Tarifbeschäftigte und indirekt 2,2 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger verhandelt. Diese haben im Verhältnis zur Tarifentwicklung in der Privatwirtschaft noch immer einen deutlichen Nachholbedarf. Hinzu kommt, dass die Einnahmen der öffentlichen Haushalte so hoch und stabil sind, wie selten zuvor. Es gibt also keinen Grund für die öffentlichen Arbeitgeber, sich einer spürbaren Stärkung der Massenkaukraft zu verweigern. Die Erhöhung der Entgelte um 6 Prozent und die Aufstockung der Ausbildungsvergütungen um 90 Euro monatlich ist bezahlbar, volkswirtschaftlich sinnvoll und das gute Recht der Beschäftigten im öffentlichen Dienst!

Tendenz steigend: Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands 2012 - 2016
(in % des jeweiligen BIP)



Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt, ifo München; eigene Berechnungen